

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 125. Ratssitzung vom 23. Mai 2012

2700. 2012/197

Postulat der AL-Fraktion vom 09.05.2012:

Stiftung PWG, Vermietung eines bestimmten Mindestanteils an Wohnungen an Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen sowie Vorlage eines Berichts über die erreichten Ziele

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

***Niklaus Scherr (AL)** begründet namens der AL-Fraktion das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2665/2012): Wo es MieterInnenwechsel gibt, sollen gezielter Personen berücksichtigt werden, die es auf dem Wohnungsmarkt schwer haben. Damit wir das kontrollieren können, wünschen wir uns nach absehbarer Zeit einen Bericht der PWG.*

***Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)** begründet namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag: Man will die PWG offenbar füttern und mästen, um ihr danach Vorschriften zu machen, wie sie die Wohnungen zu vermieten hat. Man muss das Gesamtbild vor Augen haben und aufgrund dessen entscheiden. Wenn man die Auflage macht, die der Vorstoss will, gibt es eine Bürokratisierung und die PWG wird in ihrer Autonomie eingeschränkt. Darum sind wir gegen dieses Postulat.*

Weitere Wortmeldungen:

***Christoph Spiess (SD):** Wir finden das Ziel des Postulats gut. Wenn man Geld aus öffentlichen Mitteln investiert, um Wohnungen günstig zu halten, sollten diese auch denen zugutekommen, die nicht so viel Geld haben. Die Stiftung sollte nicht nur, jedoch prioritär einkommensschwache Personen bei der Neuvermietung berücksichtigen. Was uns missfällt, ist der explizite Hinweis auf die Organisationen Caritas und Domizil. Die von dort vermittelten Personen sind nämlich nicht nur einkommensschwach, sondern meist auch randständig. Mutet man diese Aufgabe der PWG zu, wird sie sukzessive zu einem Sammelbecken von ProblemmieterInnen. Diese sollte man nicht noch speziell privilegieren. Wir beantragen deshalb die Streichung dieser Passage aus dem Postulatstext. Nur dann stimmen wir dem Antrag zu.*

***Urs Fehr (SVP):** Einerseits gibt man der PWG Geld, das sie gar nicht will. Auf der anderen Seite hat man kein Vertrauen in die Stiftung, wenn sie nicht mal selber abschätzen darf, wem sie eine Wohnung gibt und wem nicht.*

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): Es ist immer noch so, dass man einen Betriebsregisterauszug bei der Wohnungsanmeldung beilegen muss. Und dort hat jeder von uns heutzutage schnell einmal einen Eintrag. Das sagt nichts aus über den Charakter. Ich finde es deshalb gut, dass die PWG auch etwas für die Menschen macht, die von Caritas und Domizil unterstützt werden. Von der bürgerlichen Seite wird immer moniert, dass das Geld den Falschen zugutekommt. Ich finde allerdings auch, dass es ein Mindestanteil bleiben muss. Wir wollen keine Armenhäuser haben, sondern eine gute Durchmischung.

Andreas Edelmann (SP): Ich verstehe nicht, dass die bürgerlichen Parteien gegen eine Berücksichtigung der Leute sind, die sich es nicht leisten können, im freien Markt eine Wohnung zu finden. Ich würde es dem Stadtrat überlassen, die Quote für eine gute Durchmischung festzulegen.

Severin Pflüger (FDP): Das Steuergeld sollte dorthin fliessen, wo es am nötigsten gebraucht wird. Wir sind für eine Umverteilung von oben nach unten und nicht für eine horizontale.

Niklaus Scherr (AL): Von der SVP, CVP und FDP wurde im letzten Jahr eine Motion eingereicht, die eine Verordnung des Stadtrats forderte. Darin sollten, zusammen mit den Trägern des gemeinnützigen Wohnungsbaus, Richtlinien festgelegt werden die sicherstellen, dass mit städtischen Mitteln geförderte Wohnungen nur MieterInnen zugutekommen, die tatsächlich auf gemeinnützige Wohnungen angewiesen sind. Ich wollte dies der SVP nur in Erinnerung rufen. Ich habe das Wort AusländerInnen im Votum der SD vermisst, aber mit der Ablehnung von Domizil ist das ja auch abgedeckt. Dem Textänderungsantrag stimmen wir nicht zu.

Urs Fehr (SVP): Die EVP scheint von Wohnungsvermietungen nicht viel Ahnung zu haben. Die MietinteressentInnen die mir Bewerbungen schicken, haben in der Regel alle keine Einträge im Betriebsregister. Dieser aktuelle Auszug ist das einzige Mittel, das VermieterInnen als Auswahlkriterium zur Verfügung steht. Wenn man seine Rechnungen pünktlich zahlt, gibt es keinen Eintrag.

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): Wer soll sich für solche Leute einsetzen, wenn nicht eine PWG? Der Privatmarkt macht es auf gar keinen Fall.

3 / 3

Das Postulat wird mit 90 gegen 26 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat